

Position der GEW zur Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin

Im Sondierungspapier vor den Koalitionsverhandlungen der wahrscheinlichen Rot- Grün- Roten Regierungskoalition in Berlin heißt es unter Punkt 7 „Bildung, Jugend und Familie“:

„Zur Gewinnung, Aus- und Fortbildung von pädagogischem Fachpersonal werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die einen nachhaltigen Personalaufwuchs ermöglichen. Dazu gehört auch eine Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern. Zum Nachteilsausgleich wird ein Lösungsmodell für diejenigen entwickelt, die nicht verbeamtet werden können oder wollen.“

https://spd.berlin/media/2021/10/211015_Sondierungspapier-Berlin.pdf

Beschlusslage der Landesdelegiertenversammlung der GEW am 10.11.2021

Auf der Landesdelegiertenversammlung hat die GEW am 10.11.2021 auf diese klare Orientierung der Berliner Politik reagiert. In der beschlossenen Vorlage 34 heißt es:

I.

Die GEW BERLIN [...] vertritt folgende Position:

1. Die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften löst keine Probleme, sondern schafft neue (siehe LDV-Beschluss vom Frühjahr 2019).
2. Im Fall einer "Wiedereinführung" der Verbeamtung wird sich die GEW BERLIN für bestmögliche Bedingungen der Verbeamtung einsetzen.

Die GEW Berlin steht für eine ehrliche Debatte über die Pläne zur erneuten Verbeamtung Berliner Lehrkräfte, in der auch die Schwierigkeiten offen diskutiert werden.

- a) Lehrkräfte, die sich verbeamtet lassen wollen, werden vollumfänglich von der GEW Berlin in diesem Vorhaben unterstützt.
- b) Andere Kolleg*innen, die sich nicht verbeamtet lassen wollen oder können, werden darin unterstützt, Kompensationsleistungen als Nachteilsausgleich zu erhalten - nach dem Prinzip "Gleiches Geld für gleiche Arbeit".

Die GEW Berlin fordert die Koalitionsfraktionen auf, zu erklären, wie die angekündigten Kompensationen bzw. das „Lösungsmodell zum Nachteilsausgleich“ für angestellte Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, rechtssicher umgesetzt werden können.

Die GEW Berlin fordert sie außerdem auf zu erklären, ob es die Absicht gibt, die bestehenden Regelungen zum Pensionsalter anzuheben, die Anerkennung der ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten im LBeamtVG zu ändern, wie verhindert werden soll, dass tarifbeschäftigte Funktionsstelleninhaber*innen zu einer deutlichen und langjährigen Schlechterstellung im Status quo kommen, wie hoch ein zu bildender Pensionsfonds ausgestattet wird und welche zeitliche Vorstellung die Koalitionäre für die Umstellung der Rechtsverhältnisse haben.

II.

Die GEW Berlin vertritt die Interessen aller ihrer Mitglieder, angestellt, verbeamtet oder freiberuflich. Die GEW BERLIN wird jedem einzelnen Mitglied wie bisher beratend zur Seite stehen, wenn sich die Frage stellt, ob eine Verbeamtung individuell sinnvoll ist oder nicht.

III.

Sofern sich die Berliner Regierungskoalition auf die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften festlegt, wird die GEW BERLIN umgehend eine Mitgliederdiskussion organisieren, um die Position der GEW BERLIN zu konkretisieren. Der GLV wird beauftragt, diese Diskussion zu koordinieren und auf Grundlage der Ergebnisse einen LDV-Antrag für die Frühjahrs-LDV ggf. auch schon früher auf einer außerordentlichen LDV einzubringen.